Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.35 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 12. April 1928 — Nummer 86

Solidarität mit den Metallarbeitern!

Kampf bis zum Sieg!

Gestern abend fand in den Annensälen eine Versammlung der Funktionäre der revolutionären Organisationen Dresdens statt. Die Versammlung nahm Stellung zu den Reichstagswahlen und zu den Lohnkämpfen der Arbeiter. Nach einem eingehenden Referat des Genossen Renner gelobten die anwesenden Funktionäre der revolutionären Organisationen die stärkste und tatkräftigste Unterstützung der Kommunistischen Partei im Wahlkampf. Die versammelten Funktionäre sprachen den kämpfenden Metallarbeitern ihre vollste Sympathie aus und beschlossen einstimmig folgenden Appell an die gesamte Arbeiterschaft:

Die gemeinsame Funktionärversammlung der KPD, des KJVD, RFB, der RJ, des RFMB, der RH und IAH Groß-Dresden spricht den im Kampf stehenden Metallarbeitern brüderliche Sympathie aus. Die deutsche Trustbourgeoisie versucht die Lebenslage der Arbeitermassen in immer wachsender Offensive herabzudrücken, um die eigenen Profite zu steigern und dem internationalen Finanzkapital Riesengewinne auf Kosten der breiten Massen zu sichern. Die Metallindustriellen Sachsens haben in brutalem Angriff auf den Hungerlohn der Metallarbeiter, ebenso wie die Ruhrindustriellen, die Berliner Metallindustriellen, wie Dorpmüller, wie der Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden, den breiten Arbeitermassen, den Männern und Frauen in den Betrieben einen Beweis von dem wahren Gesicht der Demokratie gegeben. Die Kapitalisten pfeifen auf die Demokratie, ja, sie haben in den vergangenen Jahren bewiesen und beweisen es täglich, daß die Machtmittel der Republik nur in den Dienst des Profits gestellt werden.

Die Schlichtungsguillotine

ist der sprechendste Beweis für den raffinierten Betrug, den die SPD-Bureaukraten an den Arbeitern seit Jahren begehen. Heute noch preisen die Reformisten diese Schlichtungs- oder Hungermaschine als einen „Erfolg". Die versammelten Funktionäre der revolutionären Organisationen von Groß-Dresden erklären den kämpfenden Metallarbeitern:

Wir werden euren Kampf unterstützen

und rufen allen Arbeitern zu. Nehmt Stellung zu den Arbeiterkämpfen in jedem Betrieb, in jeder Versammlung der Arbeiter. Die Metallarbeiter stehen in vorderster Front. Die Metallarbeiter haben nicht nur den Kampf mit dem Klassengegner, sondern mit den, jeden Kampf der Arbeiter hemmenden Verrätern zu bestehen.

Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin muß es als Ehrenpflicht ansehen, unseren kämpfenden Klassenbrüdern weitestgehende Unterstützung zu gewähren.

Aus jedem Betrieb, aus jeder Arbeiterversammlung müssen Resolutionen an das Organ des revolutionären Proletariats gelangen, die den Metallarbeitern zurufen:

Wir sind bei euch im Kampf um eure Existenz, aber auch im Kampf gegen den Reformismus,
gegen die Schlichtungsmaschinerie,
gegen die Diktatur des Trustkapitals,
gegen Bürgerblock und Koalitionspolitik,
gegen imperialistische Kriegsgefahr,
für den Kampf aller Unterdrückten um ihre Existenz,
für die Einheitsfront im Kampf gegen das Kapital,
für die Verteidigung der Sowjetunion,
für die Arbeiter- und Bauernregierung!

In allen Betrieben rüstet, den kämpfenden Metallarbeitern zu Hilfe zu kommen!

Die Funktionärversammlung
der KPD, des RFB, RFMB, der RH und IAH Groß-Dresden.

Verhindert Kompromiß und Verrat!

Nach der Ankündigung der Metallindustriellen soll heute die Aussperrung beginnen. Die Industriellen brachten gestern einen Anschlag heraus, der dies bekannt machte. Die DMV-Leitung tat aber selbst auf diese provokatorische Ankündigung nichts, um den Kampf nun ernsthaft vorzubereiten, die Schlacht so zu führen, daß sie für die Metallarbeiter siegreich werden kann. Noch gestern hat die Volkszeitung zu der Aussperrung nichts anderes zu sagen als ein erbärmliches Gestammel an die Kapitalisten.

Die Metallindustriellen brauchen sich nicht zu wundern, wenn ihre Methoden Auswirkungen haben. Der Metallarbeiterverband sei gezwungen, das letzte Mittel anzuwenden. Die Metallbarone schimpfen auf die Schlichter, rufen sie aber an. Das sei keine Logik, keine Konsequenz. So stammelt die Volkszeitung, das ist alles, was sie zu sagen weiß. Die DMV-Bureaukraten rühren sich aber nicht. Sie schweigen gegenüber der Oeffentlichkeit bis jetzt vollständig.

Es ist ganz klar, man will die Bewegung schnellstens abdrosseln. Die reformistischen Gewerkschaftsführer wollen keinen ernsten Kampf. Sie wollen die Bewegung abbrechen. Deswegen unterlassen sie alles, die Arbeiter zu mobilisieren.

Die Unternehmer ihrerseits wenden alle Druckmittel an. Sie verkünden die Aussperrung auch in der Döhlener Gußstahlfabrik, die einem ganz anderen Tarif untersteht. Dort gilt der Tarif der Hüttenarbeiter. Die Gußstahlfabrik erklärt aber, aus Solidarität die Aussperrung durchzuführen.

Die Unternehmer dehnen die Front ihres Angriffes aus. Die Gewerkschaftsführer verhindern bisher sogar das geschlossene Auftreten der Metallarbeiter. So verbot der Verband sogar den Arbeitern des Sachsenwerkes, die sich am Streik beteiligen wollten, die Beteiligung. Die DMV-Bureaukratie erklärte, wenn die Arbeiter herausgehen, sähe der Verband das als wilde Bewegung an.

Besser kann wohl nicht gezeigt werden, daß die Verbandsbureaukratie nicht kämpfen will. In Chemnitz sind schon gleich zu Anfang mehr Arbeiter in den Kampf eingetreten als die Bureaukraten wollten. Nach den neuesten Meldungen sind auch jetzt wieder, trotz des Widerstandes der Verbandsleitung, weitere Betriebe in den Streik eingetreten. Folgt diesem Beispiel auch in Dresden.

Heute nun sollen vor dem Schlichtungsausschuß noch Verhandlungen stattfinden. Diese Verhandlungen werden darauf abgestellt sein, die Bewegung abzuwürgen. Bei der bisherigen Haltung der Verbandsbureaukratie ist fast sicher, daß sie ein faules Kompromiß abschließen will.

Arbeiter! Ein neuer Verrat muß verhindert werden. Die Kommunistische Partei hat ein Flugblatt an die Metallarbeiter herausgegeben, in dem sie zeigt, daß die Aufnahme des Kampfes, das Verlassen der Betriebe die beste Gewähr des Sieges wären. Die Metallarbeiter haben fast überall den Standpunkt der KPD für richtig erklärt.

Jetzt gilt es, diesen Standpunkt, diese Taktik durchzusetzen.

Doch schon muß mehr geschehen. **Auf die drohende Aussperrung muß die gesamte Arbeiterschaft solidarisch antworten.** So wie die Unternehmer (Gußstahlwerk) solidarisch sind, müssen die Arbeiter solidarisch sein.

In den wichtigsten Betrieben, insbesondere in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken muß sofort Stellung genommen werden. Pflicht der Arbeiterschaft in diesen Werken ist es, jetzt schon zu erklären, daß sie zu den kämpfenden Metallarbeitern stehen, **daß sie den Metallarbeitern im entscheidenden Moment durch Teilnahme an ihrem Kampf zu Hilfe eilen werden.**

Kein Nachgeben vor dem Unternehmerterror. Kampf auf der ganzen Linie. **Breiteste Solidarität aller Arbeiter!**

„Spaltung der KPD"

Während die Volkszeitung vorgestern für den Kampf der sächsischen Metallarbeiter auf der Gewerkschaftsseite nur einen winzigen Raum übrig hat, opfert sie fast ihre ganze erste Seite für obiges Thema. Die Ueberschrift sieht sehr drohend aus. Aber wenn es nach der SPD ging, dann wäre die KPD nicht nur gespalten, sondern schon mausetot, — bums. Aber so gefährlich, wie die SPD möchte, ist die Geschichte nicht. Die KPD hat schon lange gewußt, daß die Clique der Renegaten um Maslow und Urbahns zu Ostern eine Gründungskonferenz des Leninbundes machen wollte. Durch die erfolgte Gründung wird nur gekennzeichnet, daß die Ausführungen der Maslow und Konsorten über ein Zusammenhalten mit den Kommunisten eitel Heuchelei waren. Jeder Arbeiter sieht jetzt ganz klar, die Maslow und Urbahns sind Feinde, gefährliche Feinde des revolutionären Proletariats.

Daß Maslow, der trotz gerichtlichem Ausweisungsbeschluß noch in Deutschland sein kann, seine Gründungskonferenz gerade jetzt macht, ist nur bezeichnend dafür, daß diese Gesellen der Reaktion bewußt Hilfsdienste leisten. Die Konferenz wurde gerade jetzt gemacht, um den Reaktionären und Reformisten Wahlhilfe zu leisten, den Wahlkampf der KPD zu stören. Die gesamte sozialdemokratische Presse greift deswegen diese Gründung auf, um sie in großer Aufmachung gegen die KPD auszunutzen.

Auch der Vorwärts widmet dieser Konferenz eine ganze Spalte. Und nicht mit Unrecht. Die Renegatenclique Maslow-Urbahns u. Co. haben gute Arbeit für die Firma Wels, Noske u. Stampfer geleistet. Die Verräterkonferenz beschloß die Aufstellung eigener Listen für die Reichstags- und Landtagswahlen. Am Tage zuvor brüllte man noch in allen Tönen: Wir sind keine Partei. Am Tage darauf beschloß man eigene Wahllisten, sozusagen um zu demonstrieren, daß der Betrug das höchste politische Prinzip dieses politischen Strauchrittertums ist, das da am Sonntag zusammengeschoben wurde. Herr Maslow wäre sich selbst untreu geworden, wenn er nicht dem Betrug eine kleine Erpressung hinzugefügt hätte. Man nahm eine Resolution an, in der die Kommunistische Internationale aufgefordert wird, den Maslow-Bund als sympathisierende Organisation aufzunehmen ... widrigenfalls Herr Maslow eigene Listen aufstellen werde. Eine wahrhaft fürchterliche Drohung! Herr Maslow stellt eigene Listen auf. Na, warum soll er denn nicht ... Hat doch bei den letzten Reichstagswahlen der berühmte Prophet Katzer auch ein Reichstagsliste aufgestellt und fast 40 000 Stimmen darauf gesammelt. Daß die Kommunistische Partei die Angebote des Verräterbundes mit jenem Fußtritt beantwortet, den die Maslowsche Verrätergarde verdient, braucht nicht besonders betont zu werden.

Ansonsten beschäftigte sich die Konferenz mit den üblichen Verleumdungen und der systematischen Beschmutzung der Kommunistischen Partei. Für die Methode, mit der die Strategen des Verrats vorgingen, ist ein Vorfall charakteristisch, den das Zentralorgan Stampfers und Maslows wiedergibt: „Einen großen Heiterkeitserfolg erzielte Urbahns, als er in seinem Schlußwort mitteilte, daß der jahrelange Leiter der kommunistischen Agitations- und Propagandaabteilung der Zentrale mitgeteilt habe, er trete aus der KPD aus, weil er nicht mehr an die kommunistischen Ideale glaube und deshalb zu seinem Gott zurückkehre!" Herr Urbahns, der diese Sensation, die scheinbar den Clou der Reichskonferenz bedeutete, losließ, vergaß nur, den Namen dieses „Leiters" mitzuteilen. Das ganze ist nämlich ebenso blöd als frech erfunden. Niemals ist ein Leiter der Agitations- und Propagandaabteilung aus der Kommunistischen Partei ausgetreten. Der Mann, auf den Urbahns anspielt, war ein technischer Angestellter der Agitpropabteilung des ZK, der mit der Leitung ebensoviel zu tun hatte wie Urbahns mit dem Kommunismus. Aber schließlich: man kann den Armen darüber nicht böse sein. In der Not frißt der Teufel Fliegen.

Auf die Resolutionen der Verräterkonferenz werden wir noch zurückkommen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Versuch des Maslow-Bundes, in die Kommunistische Partei oder in den Roten Frontkämpferbund einzudringen, von der Parteimitgliedschaft ebenso beantwortet werden muß, wie wenn sich andere Agenten der Konterrevolution in die Reihen der Revolution zu schleichen versuchen.

Die SPD wird die Erfolge, die sie von dem Auftreten dieser Verräter, die eine Filiale des Trotzkismus in Deutschland aufmachen, erhofft, nicht erhalten. Die deutschen Arbeiter werden diese Gesellschaft sehr schnell als die Feinde der revolutionären Bewegung erkennen lernen. In Freiberg hat Scholem schon eine Probe aufs Exempel erhalten.

Wie in Rußland die Opposition der Trotzkisten immer mehr zerfällt, wird auch hier bald nichts mehr von dieser Firma übrigbleiben. Wir werden gegen sie den schärfsten Kampf führen.

Die KPD ist nicht gespalten, die Ausgeschlossenen haben eine neue Firma eröffnet zur Unterstützung der Reaktion. Die KPD wird sich um so fester zusammenschließen, je mehr Feinde gegen sie anrennen.

Das Verbot der RFB-Gruppe Dortmund aufgehoben!

Leipzig, 12. April. (Eig. Drahtbericht.)

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts hat auf die Beschwerde der Gauführung des Roten Frontkämpferbundes im Ruhrgebiet

das Verbot der Ortsgruppe Dortmund des RFB aufgehoben,

das vom Oberpräsidenten von Westfalen verhängt und von dem sozialdemokratischen preußischen Innenminister bestätigt worden war. Dieser hatte in einer umfangreichen Eingabe an das Reichsgericht den Versuch gemacht, den Roten Frontkämpferbund im ganzen als eine staatsfeindliche Verbindung im Sinne des Republikschutzgesetzes hinzustellen und den Waffenbesitz einzelner Mitglieder zum Anlaß des Verbots der ganzen Ortsgruppe genommen. Das Reichsgericht hat den Waffenbesitz einzelner Mitglieder für nicht ausreichend erklärt, tätliche Maßnahmen gegen den RFB zu ergreifen. Der sozialdemokratische Innenminister von Preußen muß also sogar von dem reaktionären Reichsgericht eine Ohrfeige einstecken.

Für den RFB wird dieser Erfolg ein Ansporn zum weiteren Leben, zur Verbreiterung seines Reiches sein.